

Aufgestaute anatolische Ängste

Die allfällige Hilfe der Schweiz für türkisches Staudammprojekt ist in der betroffenen Region heftig umstritten

Gemeindevertreter aus der Südosttürkei bitten den Bundesrat, für den umstrittenen Ilisu-Staudamm keine Exportrisikogarantie zu gewähren. Wird der Damm gebaut, versinken unzählige kulturelle Güter in den Fluten, und Zehntausende von Menschen werden zwangsumgesiedelt.

Am Tigris plant die Türkei Grosses. Unweit der Grenze zum Irak soll der Fluss auf einer Länge von rund 120 Kilometern gestaut werden. Und wo Wasserkraft in grossem Stil genutzt wird, ist Schweizer Knowhow nicht weit: Seit Jahren bemühen sich auch Schweizer Firmen um ihren Anteil am schätzungsweise 1,5 Milliarden teuren Projekt.

Neu in Inland & Ausland:

Nur hat das gigantische Vorhaben, das den wirtschaftlichen Aufschwung Ostanatoliens beschleunigen soll, unübersehbare Kehrseiten. Rund 55 000 Menschen verlören beim Bau des Stausees ihre Heimat und müssten umgesiedelt werden. Darüber hinaus versänken – wie schon bei früheren türkischen Staudammprojekten – Jahrtausende alte Kulturgüter im Wasser. Die ganze denkmalgeschützte Stadt Hasankeyf würde geflutet. Deshalb weilt derzeit eine Delegation ostanatolischer Gemeindevertreter in der Schweiz. Sie will die hiesige Behörde – insbesondere die für die Exportrisikogarantie zuständigen Stellen – überzeugen, dass der menschliche Preis fürs Grossprojekt zu hoch sei: «Wir möchten daran glauben, dass sich die Schweiz nicht an der Zerstörung unseres kulturellen Erbes und der Verschärfung unserer riesigen sozialen Probleme beteiligt.»: So fasste gestern in Bern Yurdusu Özsökmenler, amtierende Bürgermeisterin im ostanatolischen Diyarbakir, ihre Position zusammen – eine Position, die übrigens seit Jahren von der Entwicklungsorganisation «Erklärung von Bern» (EvB) mitgetragen wird.

Ungewöhnliche Reisediplomatie

Dass der Staudamm bei Ilisu dazu zwingen wird, rund 200 Dörfer aufzugeben, ist an sich nicht neu. Neu ist aber, dass sich die betroffene türkische Lokalbehörde jetzt in aktiver Reisediplomatie direkt an die Exportrisikostellen der Schweiz, Deutschlands und Österreichs wendet und dabei die Umsiedlungskonzepte und die von den türkischen Bauherren veranlassten Umweltverträglichkeitsprüfungen in aller Schärfe kritisieren. Eric Scheidegger, Mitglied der Geschäftsleitung des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) und Experte fürs Thema Exportrisikogarantie, kann der Offensive aus Ostanatolien Positives abgewinnen: «Sie ist ein guter Beweis, dass der Meinungsbildungsprozess zu Exportrisikogeschäften heute viel transparenter abläuft als noch vor zehn Jahren.» Die türkische Visite liefere «Ergänzungen in der Informationsgewinnung». Und: Die Kritik, die vom Tigris an die Aare schwappt, «wird sicher in die Gesamtbeurteilung einfliessen». Einfliessen wird somit die Kritik der Lokalbehörde, die Schritte zur Abfederung der sozialen und ökologischen Folgen seien vage, völlig ungenügend und erfüllten in keiner Weise die gängigen Standards der Weltbank und der OECD.

Statt Fische ein toter See

Einfliessen werden auch die ökologischen Bedenken des Wasserforschungsinstitutes der ETH Zürich, Eawag. Das Institut untermauert nämlich in einem Mitbericht etliche der aufgestauten anatolischen Ängste: Der Einfluss des Projekts auf Hydrologie, Flora, Fauna, Landwirtschaft sei äusserst negativ, das Endergebnis höchstwahrscheinlich ein versalzender, sauerstoffarmer See ohne Fische und ohne Trinkwasserqualität.

Özsökmenler stellt vor allem die sozialen Folgen in den Vordergrund: Die westlichen Investoren ignorierten, wie sehr der Dammbau bestehende soziale Spannungen verschärfen würde. In ihrem Verwaltungsbezirk sei die Bevölkerungszahl in den letzten 15 Jahren als Folge verschiedener Konflikte bereits um 300 Prozent hochgeschwollen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sei arbeitslos. Kämen nun Zehntausende wegen dem Dammbau dazu, verschärfen sich die bestehenden Migrationsprobleme. Für die Kommunen sei unverständlich, dass die sozialen Folgekosten auf rund eine Milliarde Euro geschätzt würden, das Baukonsortium aber nur rund 25 Millionen übernehme. Eine Farce seien zudem die Entschädigungen. Die meisten der Umzusiedelnden seien Feldarbeiter ohne Landbesitz – und somit ohne erwähnenswerte Entschädigungsansprüche.

Hüsezin Kalkan, Bürgermeister der Stadt Batman, könnte sich durchaus sinnvolle Investitionen in Ostanatolien vorstellen, angesichts der reichen geschichtlichen Zeugen etwa in den Aufbau des Tourismus. Das «unersetzbare Fundament» des geschichtlichen Selbstverständnisses der Region aber zu versenken, sei hingegen «ein Verbrechen».

Seco nimmt «sehr ernst»

Was tut jetzt das Seco mit dem scharf zugespielten Ball? Scheidegger verweist auf die politische Tragweite des Geschäfts und auf die schwierige Güterabwägung. Die eindeutige Messlatte, die schwarz von weiss trenne, existiere hier nicht, und viele der aufgeworfenen Fragen seien nicht technokratisch beantwortbar: «Ob beispielsweise die geplante Umsiedlung von über 50 000 Menschen bestmöglich begleitet wird oder nicht, wird wohl eine sehr schwer zu beantwortende Frage sein.» Immerhin werden sich die schweizerischen Stellen solchen schwierigen Fragen nicht nur am heimischen Schreibtisch annehmen. Wie plausibel die Argumente seien, werde man auch bei einem Besuch vor Ort prüfen, sagt Scheidegger: «Wir nehmen die Anliegen der Betroffenen sehr ernst.»

ilisu-staudamm

Gigantisches Vorhaben

Das umstrittene Ilisu-Staudammprojekt am Fluss Tigris ist Teil der grossangelegten, wirtschaftlichen Umgestaltung Südostanatoliens. Insgesamt sind an Euphrat und Tigris rund zwanzig Staudämme und Kraftwerke geplant.

Erstes Ja des Bundesrats

1998 hatte der Bundesrat den ursprünglich am Projekt beteiligten Schweizer Firmen – ABB und Hydro Sulzer – grundsätzlich eine Exportrisikogarantie im Umfang von 470 Millionen Franken gewährt.

Ausstieg der Grossbank UBS

Die Garantie wurde wegen schleppenden Projektverlaufs auf Eis gelegt. 2002 entschied sich die UBS, aus dem Projekt auszusteigen. Einer der Gründe: ungenügende Massnahmen zur Eindämmung sozialer und ökologischer Folgen.

Neues Gesuch liegt vor

Inzwischen liegt das Staudammprojekt neu auf. Diesmal beantragen die Schweizer Firmen Alstom, Maggia, Stucki und Colenco eine Exportrisikogarantie. Entscheiden wird der Bundesrat wohl im Sommer. (mul)

Der Bund, Marc Lettau [16.05.06]